INTERNET

„Geballte Ladung“

Bundestagspräsident Norbert Lammert, 63 (CDU), kritisiert die anonymen Beleidigungen im Netz.

MAURICE WEISS / OSTKREUZ / DER SPIEGEL

Unionspolitiker Lammert: *„Zwei Arten von Öffentlichkeit“*

SPIEGEL: Über den Rücktritt von Christian Wulff haben Sie gesagt, dass manches würdelos gewesen sei, auch die „zunehmende Enthemmung im Internet, im Schutze einer tapfer verteidigten Anonymität“. Was meinten Sie damit?

Lammert: Wir beobachten im Internet an vielen Stellen eine Art der Auseinandersetzung, die in Aggressivität, Wortwahl und Tonlage die Grenzen überschreitet, die dieselben Leute auf der Straße für sich setzen würden.

SPIEGEL: Für Sie ist die Anonymität bei Meinungsäußerungen im Netz also ein Problem?

Lammert: Jedenfalls ist es wohl kein Zufall, dass gerade bei aggressiven und beleidigenden Wortbeiträgen auf Anonymität größter Wert gelegt wird.

SPIEGEL: Empfinden Sie diese schnell entfesselten Proteststürme als Bedrohung?

Lammert: Was mich besorgt, ist der verbale Überbietungswettbewerb im Netzdiskurs. Die Entwicklung betrifft auch, aber nicht nur politische Adressaten. In den allermeisten Fällen würden sich dieselben Personen zum gleichen Sachverhalt unter Offenlegung ihrer Identität zu bestimmten Aussagen ganz sicher nicht versteigen. Die gesellschaftspolitisch bedenkliche Entwicklung ist, dass wir zunehmend zwei Arten von Öffentlichkeit bekommen: eine virtuelle und eine reale, die von denselben Akteuren unterschiedlich bespielt werden.

SPIEGEL: Sollte es Pflicht sein, die eigene Identität im Netz preiszugeben?

Lammert: Die Forderung geht als Verallgemeinerung zu weit. In Ländern, in denen es keine Meinungsfreiheit gibt, ermöglicht der Schutz der Anonymität im Internet ja auch Entwicklungen, die sonst kaum möglich wären, etwa den „Arabischen Frühling“.

SPIEGEL: Befördert die Anonymität im Netz also demokratische Prozesse?

Lammert: Mitunter ja. Aber in unserer Demokratie sollten wir das, was wir im „wirklichen“ Leben für angemessen und richtig erachten, grundsätzlich auch im virtuellen Bereich geltend machen.

SPIEGEL: Der Vorsitzende der Internet-Enquete-Kommission, Axel Fischer (CDU), fordert für die virtuelle Welt ebenfalls ein „Vermummungsverbot“. Sie auch?

Lammert: Wir können kein Interesse daran haben, dass sich für real existierende Menschen in zwei Welten zwei höchst unterschiedliche Umgangsformen etablieren. Aber wir müssen diese Entwicklung in Grenzen halten, ohne vorschnell zu dogmatisierten Vorgaben zu kommen.

SPIEGEL: Ist das Phänomen der zwei Öffentlichkeiten eine Gefahr für die Demokratie?

Lammert: Ich habe schon den Eindruck, dass sich mit der Etablierung des Internets das Informationsverhalten der Bürger signifikant verändert. Das hat Folgen für das Urteilsvermögen einer Gesellschaft. Ein Beispiel: Wer sich im Wesentlichen über das Internet informiert, fragt Dinge nach, die er selbst spannend und unterhaltsam findet. Wer sich dagegen vor allem auf Printmedien und Rundfunk stützt, nimmt Informationen auf, die andere wichtig finden. Zudem ist das Internet eher lexikalisch angelegt, Printmedien dagegen sind analytisch. Ich will gar nicht entscheiden, ob das eine oder andere besser ist, aber es ist nicht das Gleiche.

SPIEGEL: Wie hoch ist die Wirkmacht der Internet-Community?

Lammert: Sie ist beachtlich. Wir erleben heute auch bei innenpolitischen Vorgängen in Deutschland eine Form öffentlicher Meinungsbildung, die über die veröffentlichte Meinung weit hinausgeht, auf sie Bezug nimmt und sie beeinflusst, etwa im Fall Guttenberg.

SPIEGEL: Wie intensiv beschäftigen Sie sich mit dem Internet?

Lammert: Ich bin nicht mit dem Internet aufgewachsen. Es wird auch für mich immer wichtiger. Aber der analytische Zugang zu Problemen in den klassischen Medien ist mir vertrauter und überzeugender als der Such- und Sammelmechanismus des Internets, der nur auf der Basis von Vermutungen stattfindet, die ich bereits habe.

SPIEGEL: Die Piratenpartei, der mehrheitlich Netzaktivisten angehören, etabliert sich als politische Kraft. Sie will vor allem die Freiheit des Netzes und des Individuums verteidigen, auch die Anonymität der Nutzer. Was wiegt schwerer: die informationelle Selbstbestimmung des Einzelnen oder das Transparenzgebot?

Lammert: Wer seinen Verstand einigermaßen beieinander hat, wird sich weigern müssen, diese Frage abschließend zu beantworten. Es darf weder der Freiheitsanspruch die Menschenwürde zur Disposition stellen noch umgekehrt. Die Aufgabe der Politik ist, zwischen beiden Werten abzuwägen. Der Rechtsstaat muss sich auch im Internet behaupten.

SPIEGEL: Haben Sie selbst schon mal einen sogenannten Shitstorm erlebt?

Lammert: Wenn man den Begriff so interpretiert, dass auf ein bestimmtes Ereignis spontan eine geballte Ladung von elektronischen Meinungsäußerungen folgt, dann erlebe ich das inzwischen regelmäßig, auch in freundlichen Versionen. Und dabei ist auffällig, dass die Leute dazu neigen, freundliche Botschaften mit dem eigenen Namen zu unterschreiben, unfreundliche aber nicht.

INTERVIEW: MERLIND THEILE